

# Berlin aktuell

## von Ingbert Liebing



Liebe Parteifreunde,  
liebe Leserinnen und Leser,

die Politik in Deutschland steht international vor ungeheuren Herausforderungen: Die Lage im Nahen Osten, in Afrika oder in der Ukraine sind prekär. Natürlich bleiben Rückschläge bei der Bekämpfung der Situationen in den verschiedenen Ländern nicht aus. Doch der unermüdliche Einsatz unserer Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zeigt, dass jede Anstrengung für die Verbesserung der Lage der Menschen vor Ort – gerade in der Ost-Ukraine – richtig ist. Für ihre Bemühungen sind wir ihr dankbar. Jedoch stellen uns die Unruhen in den fernen Ländern auch in Deutschland vor neue Herausforderungen. Immer mehr Flüchtlinge kommen nach Deutschland: eine große Aufgabe, gerade für die Kommunen.

Ihnen hilft der Bund sowohl in 2015 wie auch in 2016 mit jeweils 500 Millionen Euro zusätzlich für die Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge.

### **Bund hilft den Kommunen**

Zudem hat das Bundeskabinett vor der Osterpause ein umfangreiches Investitionsprogramm für die Kommunen beschlossen. In den kommenden Jahren stellt der Bund 15 Milliarden Euro für Investitionen in Deutschland bereit. Davon werden über 8,7 Milliarden Euro direkt oder indirekt bei den Kommunen ankommen. Damit sind sie die Gewinner des Investitionsprogramms. Hierbei sind besonders 1,1 Milliarden Euro für den Breitbandausbau zu erwähnen, von denen besonders der ländliche Raum profitieren wird. Mit diesem Beschluss setzt die unionsgeführte Bundesregierung ihre kommunalfreundliche Politik fort.

Über ein Sondervermögen von 3,5 Milliarden Euro bekommen 2016 bis 2018 besonders finanzschwache Kommunen Unterstützung. Hiervon wird nach aktuellem Stand Schleswig-Holstein knapp 100 Millionen Euro erhalten. Von weiteren 1,5 Milliarden Euro in 2017 erhält unser Bundesland voraussichtlich 50 Millionen Euro.

Nun liegt es in der Verantwortung der Länder, die für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen zuständig sind, diese vom Bund bereitgestellten Gelder ihren Kommunen zur

Verfügung zu stellen. Die Bundesgelder müssen vollständig und zusätzlich bei den Kommunen ankommen und dürfen nicht mit eigenen Fördermaßnahmen verrechnet werden.

### **Wirtschaftsboom**

Weiterhin können wir positiv festhalten, dass unter der unionsgeführten Bundesregierung das deutsche Wirtschaftswachstum wieder an Dynamik gewinnt. Mit 42,7 Millionen Erwerbstätigen im Jahr 2014 hat Deutschland zum achten Mal in Folge einen neuen Beschäftigungsrekord erreicht. Diese gute wirtschaftliche Verfassung unseres Landes müssen wir erhalten und weiter ausbauen. Die Kennzahlen für Bildung in Deutschland verbessern sich kontinuierlich - das zeigt der aktuelle Bildungsbericht. Im Bereich der Kinderbetreuung oder der Weiterbildung hat die CDU ihre Ziele fast erreicht. So liegt die Weiterbildungsbeteiligungsquote bei 49%. Zudem wird im Bildungsbericht die bessere Integration von Kindern mit Migrationshintergrund sowie der sinkende Anteil junger Erwachsener ohne Berufsausbildung gelobt. Zwiespältig dagegen fällt das Urteil im Bereich der Akademisierung aus. Zwar ist die Verdopplung der Zahl der Hochschulabsolventen seit 2002 erfreulich, doch müssen wir dafür Sorge tragen, dass die duale berufliche Ausbildung – die auch Grundlage für unsere geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist – weiter gestärkt wird.

Nicht einfach waren die Verhandlungen in der Koalition zu strittigen Themen: Wir haben die Geschlechterquote eingeführt, um die Erwerbs- und Karrierechancen von Frauen in Deutschland zu verbessern und die Mitpreislösung zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in den Städten und Ballungszentren beschlossen. Der Bundestag hat auch die Verbesserung im Gesundheitswesen

diskutiert. Hier ist unser zentrales Anliegen eine flächendeckende, hochwertige medizinische Betreuung – unabhängig vom Alter, Einkommen oder Wohnort. Das Versorgungsstärkungsgesetz wird die Versorgung daher am Bedarf der Menschen ausrichten. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die drohende Unterversorgung im ländlichen Raum. Die Errichtung kommunaler medizinischer Versorgungszentren oder die Einbindung von Krankenhäusern in die ambulante Hilfe sind zentrale Bausteine dieses Gesetzes.

### Griechenland

Für große Aufregung hat die Verlängerung des bestehenden Hilfsprogramms für Griechenland in der Bevölkerung gesorgt. Hier wurde von den Medien fälschlich der Eindruck vermittelt, dass wir den Griechen neue Finanzmittel zur Verfügung stellen würden. Das ist nicht der Fall. Wir haben im Deutschen Bundestag lediglich eine Verlängerung des bereits im Jahr 2012 beschlossenen Programms um weitere vier Monate beschlossen. Damit Auszahlungen an Griechenland überhaupt möglich sind, muss es die getroffenen Vereinbarungen einhalten und seine Zusagen umsetzen. Auch die neue Regierung in Griechenland hat den mit der EU vereinbarten Reformprozess anerkannt. Ich habe bei der Abstimmung im

Deutschen Bundestag für eine Verlängerung der Griechenlandhilfe gestimmt. Intensiv haben wir in der Fraktion zusammen mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble diskutiert. Ein für mich persönlich ausschlaggebendes Argument war auch, dass gerade Dr. Schäuble in den schwierigen Verhandlungen erreicht hat, dass alle Partner der Eurozone eine einheitliche Haltung gegenüber Griechenland eingenommen haben und Griechenland alle Bedingungen akzeptiert hat. Es wäre für mich wenig verständlich, einerseits Dr. Schäuble für seine erfolgreichen Verhandlungen zu loben, aber andererseits das von ihm erzielte Ergebnis abzulehnen.

Liebe Leserinnen und Leser,

ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein wunderschönes, erholsames und sonniges Osterfest.

Ihr




## Verfassungsgericht verlangt geänderte Erbschaftssteuer

Derzeit beschäftigen wir uns auch mit der Reform der Erbschaftssteuer. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Ende 2014 soll künftig auch das Betriebsvermögen von Unternehmen mit in die Erbschaftssteuer einbezogen werden. Das Bundesfinanzministerium hat Ende Februar erste Eckpunkte einer Neukonzeption der Erbschaftssteuer vorgelegt. Dieses diskutieren wir von der Unionsfraktion nun intensiv. Alle Vor- und Nachteile müssen sorgsam abgewogen und die Standpunkte aller ausführlich diskutiert werden – Unternehmen und Politik im Einklang – bevor Bundesfinanzminister Schäuble nach der Sommerpause ein Kabinettsbeschluss vorlegen wird. Die Erbschaftssteuer darf zum einen die Unternehmenserben nicht unnötig belasten, zum anderen soll es aber auch den Erhalt von Arbeitsplätzen fördern.

Die Eckpunkte von Finanzminister Schäuble sind insbesondere in der Wirtschaft scharf kritisiert worden. Manche SPD-Politiker loben Schäuble – allerdings zu unrecht. Wenn die SPD zielgerichtet eine höhere Erbschaftssteuer verlangt, kann Sie sich nicht auf Wolfgang Schäuble berufen. Sein Ziel sind nicht Steuererhöhungen, sondern die rechtssichere Umsetzung des Verfassungsurteils.

Absolut inakzeptabel sind die Forderungen von SPD-Landeschef Stegner. Er will nicht nur neue Steuererhöhungen durchsetzen, sondern schlägt sogar vor, dass Erben die Steuer durch Abtretung von Unternehmensanteilen an den Staat bezahlen sollen. So profiliert Stegner sich einmal mehr als „personifizierter Belastungstest für die Wirtschaft“, aber das werden wir verhindern.

## Windkraft—Urteil des OVG in Schleswig-Holstein

Nachdem das Oberverwaltungsgericht Schleswig bereits zwei von fünf Regionalplänen zur Ausweisung von Windeignungsflächen aufgehoben hat, ist die schleswig-holsteinische Landesregierung gefordert, schnell einen rechtssicheren Zustand herzustellen. Nach der Rechtsauffassung mehrerer Rechts- und Planungsabteilungen schleswig-holsteinischer Landkreise könnten jetzt die Regionalpläne von 2002 wieder gelten. Auf dieser Grundlage können auch die vorliegenden 400 Anträge für Windkraftanlagen bearbeitet werden. Es darf jetzt keinen Stillstand, aber auch keinen Wildwuchs geben, da sind sich alle Betroffenen zum Glück einig. Die Energiewende geht nur mit den Menschen, dabei darf die Akzeptanz vor Ort nicht verloren gehen, das wäre aber bei Wildwuchs der Fall.

Über die Landesgrenzen hinweg gilt es sowohl für Bund und Länder über ihren jeweiligen Tellerrand hinauszuschauen und das gemeinsame Ziel einer erfolgreichen Energiewende nicht aus den Augen zu verlieren. Denn die Zukunfts- und Reformfähigkeit unseres Landes wird auch vom Ausland intensiv verfolgt.

Auf Bundesebene geht es nach dem EEG 2014 jetzt konkret darum, die nächsten wichtigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Versorgungssicherheit zu garantieren, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu sichern und die Kosten für Wirtschaft und Privathaushalte zu begrenzen.

Deshalb steht uns im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, dessen ordentliches Mitglied ich seit Beginn der 18. Wahlperiode bin, eine Reform des Strommarktdesigns bevor. Das Bundesministerium für Energie und Wirtschaft hat in einem "Grünbuch" die Pläne für die Neugestaltung des Strommarktes vorgelegt. Darin wird die Vielfalt der verschiedenen Optionen erörtert. Minister Gabriel empfiehlt eine Lösung über den regulären Strommarkt. Problematisch sind Überkapazitäten auf dem Markt durch den Anbau der Erneuerbaren. Jetzt geht es aber darum, dass nicht die modernen, effizienten Kraftwerke vom Markt gehen, sondern eher die älteren CO<sub>2</sub> ausstoßenden älteren Braunkohlekraftwerke. Dagegen wehren sich jedoch die Länder Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Brandenburg oder Sachsen-Anhalt, in denen die Kohle eine hohe Bedeutung

hat. Gabriel hat aktuell neue Vorschläge vorgelegt, die den Ausstoß von CO<sub>2</sub> weiter verteuern.

Auch Ministerpräsident Albig und die anderen windstarken Länder folgen dieser Position. Dem steht das Modell des sogenannten "Kapazitätsmarktes" entgegen, der konventionelle Kraftwerke schützen möchte, um die Versorgungssicherheit bei fehlendem Wind und ausbleibender Sonne überbrücken zu können. Verfechter dieses Modells sind u.a. die rot-grünen industriestarken Landesregierungen von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen und die Stadtwerke.



Mannfred Mazi / pixelio.de

Nachdem in den letzten Wochen und Monaten die einzelnen Bundesländer und Verbände Ihre teilweise sehr umfangreichen und unterschiedlichen Stellungnahmen vorgelegt haben, ist die Bundesregierung und wir als Parlament gefordert, daraus einen tragfähigen Kompromiss in Form eines "Weißbuches" zu formulieren, aus dem dann im Mai konkrete Handlungsvorschläge erwachsen sollen. Im September 2015 soll es die Grundlage für den anschließenden Gesetzgebungsprozess bilden, in dem über die Rahmenbedingungen des deutschen Strommarkts in den kommenden Jahren entschieden wird.

Weitere energiepolitische "Baustellen" sind die Energieeffizienz-Förderung, der kosteneffiziente Ausbau der erneuerbaren Energien und der dringend benötigte Netzausbau.

Parallel dazu soll auch über die weitere Entwicklung der Kraft-Wärme-Kopplung entschieden und das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz angepasst werden.

## Fracking: Gesetzentwurf kommt ins Parlament

Am 1. April soll das Bundeskabinett über einen Gesetzentwurf zum Thema Fracking von Bundesumweltministerin Hendricks (SPD) beraten. Bis in die letzten Tage hinein finden Gespräche mit den Koalitionsfraktionen statt. Insbesondere die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wirbt mit zahlreichen Abgeordneten für den optimalen Schutz von Natur und Umwelt, von Grund- und Trinkwasser sowie Gesundheit der Menschen. Diese Ziele hatten Union und SPD auch im Koalitionsvertrag verankert.

Auch nach Kabinettsbeschluss wird der Gesetzentwurf intensiv im Bundestag in den parlamentarischen Beratungen geprüft. Dabei wird es auch darum gehen, die Situation in Schleswig-Holstein zu prüfen, wo es weniger um Fracking bei unkonventioneller Gas-, sondern Erdölförderung geht. Allerdings sollten auch Technologien

und Verfahren ohne Fracking, die bisher wie z.B. bei der Mittelplate in der Nordsee über Jahrzehnte unproblematisch eingesetzt wurden, nicht über Gebühr hinaus belastet werden.

Die lauten Forderungen des grünen Umweltministers Habeck nach einem „Fracking-Verbot“ sind unglaublich, da die konkreten Anträge der Landesregierung genau dieses Ziel gar nicht beinhalten. Die Landesregierung und Herr Habeck beantragen nur das Verbot bestimmter gefährlicher Substanzen, aber keineswegs das Fracking an sich. Der Gesetzentwurf der Bundesumweltministerin ist deshalb weitgehender mit einem stärkeren Schutz von Natur und Umwelt als die Anträge der Kieler Landesregierung.

Die Gesetzgebung soll bis zum Sommer abgeschlossen werden.

## Umwandlung von Dauerwohnraum in Zweitwohnungen

Seit einigen Monaten gewinnt die Problematik der rechtlichen Einstufung von Ferien- und Zweitwohnungen nach dem Baugesetzbuch an Dynamik und bereitet v.a. in Norddeutschland vermehrt Schwierigkeiten. Besonders in den touristischen Hochburgen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern ist die Sicherung von bezahlbarem Wohnraum für die Menschen sowie für auf den Inseln Beschäftigten von großer Dringlichkeit, da der Anteil der Wohnungen, die nur als Zweitwohnungen genutzt werden, stetig ansteigt und der zur Verfügung stehende Dauerwohnraum kontinuierlich sinkt. Problematisch sind auch Gerichtsurteile, die Ferienwohnungen in Wohngebieten untersagen. Nach mehreren Gesprächen im Wahlkreis sowie mit den im Bundestag zuständigen Fraktionsarbeitsgruppen habe ich zusammen mit den beiden Fraktionskollegen Gitta Conemann (Leer) und Peter Stein (Rostock) im Februar diesen Jahres zu einem Fachgespräch mit dem zuständigen Parlamentarischen Staatssekretär im Bauministerium, Florian Pronold MdB, eingeladen. Aus dem Wahlkreis waren der Vorsitzende der Insel- und Halligkonferenz, CDU-Kreistagsabgeordneter Manfred Uekermann, Nordfrieslands Kreisbaudirektor Burkhard Jansen und Sylts Bauamtsleiter Martin Seemann bei dem Fachgespräch dabei.



v.l.n.r. Ingbert Liebing, MdB; PStS Florian Pronold, MdB; Manfred Uekermann; Martin Seemann; Burkhard Jansen

Bisher bin ich im SPD-geführten Bundesbauministerium auf jegliche Ablehnung gestoßen, da kein Handlungsbedarf gesehen wurde. Doch nach diesem Fachgespräch ist die Bereitschaft, an gezielten Problemlösungen mitzuwirken, nicht nur erreicht worden; das Ministerium will gemeinsam mit einer extra für diese Thematik eingesetzten Fachkommission u.a. auch über eine mögliche Änderung der Baunutzungsverordnung beraten. Dabei geht es um die baurechtliche Zulässigkeit von Dauerwohnraum, Zweitwohnungen und Ferienwohnungen sowie die Einführung einer baurechtlichen Unterscheidung von Dauer- und Zweitwohnungen.

## Bericht aus dem Wahlkreis

Auch wenn mich meine neue Aufgabe als CDU-Landesvorsitzender Schleswig-Holsteins immer zeitlich sehr in Anspruch nimmt, so ist es mir weiterhin sehr wichtig, den Einen oder Anderen Termin im Wahlkreis wahrzunehmen und mich auch mit den Problemkreisen hier in der Region zu beschäftigen.

Daher war ich zunächst beim Deich- und Hauptzielverband Eiderstedt zu Gast. Eigentlich nur, um den neuen Geschäftsführer, Herrn Jan Paul Bonse kennen zu lernen. Dort angekommen, erwartete mich jedoch ganz großer Bahnhof. Sämtliche Verbandsvorsteher und der Oberdeichgraf Jan Rabeler waren zusammen gekommen, um sich mit mir auszutauschen. Hauptanliegen war, die immer problematischer werdende Entwässerung Eiderstedts, welche eigentlich nur durch den Bau größerer Schöpfwerke gewährleistet werden kann, die jedoch finanziell zu aufwändig und dadurch momentan nicht durchführbar seien. Darüber hinaus schilderte der Oberdeichgraf die Pläne zur Gründung einer Stiftung. Beabsichtigt wird damit, Flächen anzukaufen, um diese so zu tauschen, dass zusammenhängende bewirtschaftete Flächen nicht auseinander gerissen werden müssen, um Ausgleichsflächen zu schaffen, sondern gegen ebenso oder besser geeignete Flächen zu tauschen. Ich halte dies für eine sehr gute Idee, bei der Naturschutz und Landwirtschaft sinnvoll in Einklang gebracht werden.



Ingbert Liebing, MdB mit Carsten Bernhard Carstensen (links)

Am 21. Februar war es dann endlich wieder soweit, der Winter wurde bei uns an der nordfriesischen Westküste mit Biiken vertrieben. Dieses Jahr war ich zum Biikebrennen in Niebüll/Deezbüll. Daran teilzunehmen, bedeutet für mich

nicht nur die Pflege eines friesischen Brauchtums, sondern auch ein Stück Heimat. Gerade dieses Jahr ist es für mich ein besonderes Ereignis, wurde das Biikebrennen doch erst im vergangenen Dezember in das nationale Verzeichnis Immaterielles Kulturgut aufgenommen. Dazu kommt noch, dass ich nach der Ansprache des Vorsitzenden des Friesenvereins, auch ein paar Worte sagen durfte und dann das Kommando für die Jugendfeuerwehr zum Entzünden der Biike geben durfte.

Ganz großes und vor Allem Dauerthema ist der Ausbau der B 5. Land und Bund schieben sich seit Jahren dabei gegenseitig den „Schwarzen Peter“ zu. Damit hat der Parlamentarische Staatssekretär Enak Ferlemann vor kurzem jedoch aufgeräumt. Auf Einladung des B5-Gipfels teilte er mit, dass der Bund Geld bereitstellen könnte. Das Land muss zunächst jedoch die Planungen vorantreiben, damit diese endlich vollziehbares Baurecht werden und vom Bund Geld fließen kann.



v.l.n.r Kai Vogel; Stefan Sievers; Ingbert Liebing, MdB; Holger Jessen

Dieses Thema war auch Gegenstand des Sofa-Gesprächs in Dagebüll bei Gastwirt und Veranstalter Nils Arndt. Gemeinsam mit Stefan Sievers (Verein Infrastruktur Westküste), Holger Jessen (GF HGV Niebüll) und Kai Vogel (verkehrspolitischer Sprecher SPD-Landtagsfraktion SH) diskutierten wir untereinander und mit Gästen eben genau dieses Thema. Dreh- und Angelpunkt ist und bleibt aber nun einmal, dass die Landesregierung mit den Planungen in die Puscheln kommen muss, damit der Ausbau der B5 nicht auf den St. Nimmerleinstag verschoben wird!

## Besuch aus dem Wahlkreis in Berlin

Zweiundvierzig Wähler besuchten ihren Bundestagsabgeordneten am "Tatort" in Berlin. Die Nordfriesen und Dithmarscher folgten einer Einladung des Sylter MdB Ingbert Liebing und fuhrten mit dem Bus in die Bundeshauptstadt. Untergebracht in einem Hotel nahe des Schlosses von Charlottenburg logierte die illustre Gruppe geführt von der Mitarbeiterin des Bundestagsabgeordneten, Frau Maren Grunau-Hushahn. Unterstützt wurde die Reiseleiterin von ihrer Kollegin Frau Sarah Mersmann, die das Berliner Büro von Herrn Liebing betreut. Die übergeordnete Leitung der Informationsfahrt hatte das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.



Erster offizieller Programmpunkt war die Besichtigung der Gedenkstätte des Deutschen Widerstandes (Stauffenberg-Gedenkstätte). An dem geschichtsträchtigen Ort, an dem sich einst das Büro des Oberst von Stauffenberg befand und an dem ihm von den Schergen des 3. Reiches das Leben genommen worden ist, erläuterte ein Mitarbeiter des Museums die Geschichte um den Widerstandskämpfer und seinen Sinnesgetreuen. Diesem folgte eine Stadtrundfahrt, geführt und erläutert von einem Städtebetreuer, einem "Berliner Original", das es in sich hatte. Die Ausführungen des Städtebetreuers endeten, für die Besichtigung des Reichstagsgebäude "dem" Höhepunkt" der Reise. Die Ausmaße des Gebäudes, die Einrichtung, die empfundene Würde und die Dimensionen der Aussichtskuppel lösten bei der Reisegruppe höchste Faszination aus. Anschließend traf die Gruppe erstmals ihren Abgeordne-

ten Ingbert Liebing, der seine Landsleute nach einem langen Arbeitstag munter und fröhlich empfing. Nach einer kurzen Begrüßung schilderte der Abgeordnete, wie man sich den Tagesablauf eines Abgeordneten in Berlin vorstellen muss.

Er erklärte seine Aufgaben im Parlament, in der Partei und wie er das Mandat seiner Wähler ausfüllt. Er sprach von 18-stündigen Arbeitstagen, von politischen Kompromissen von Zeitnot und von Verantwortung und wer ihm aufmerksam zugehört hatte, kam zu der Erkenntnis, Politik ist ein aufreibender Job. Es folgte eine heitere Diskussion zu regionalen und bundesweiten politischen Themen, welche bei dem anschließenden gemeinsamen Abendessen und einem Drink im Hotel der Gruppe fortgeführt wurde.

Am dritten Reisetag wurde das Verteidigungsministerium besichtigt. Die Älteren der Reisenden waren fasziniert, einer "Frau" Oberstleutnant gegenüberzustehen. Danach ging es in die Bundesgeschäftsstelle der CDU und später zu markanten Stellen an der ehemaligen Sektorengrenze. Am Check Point Charly, der Bernauer Straße etc. konnten sich die Informanten ein Bild über die Situation des geteilten Berlins machen. Mit der Besichtigung des Bundesrat- Gebäudes endete die Exkursion nach Berlin.

Es waren eine anstrengende, aber hochinteressante und ungemein informative drei Tage in der Hauptstadt Berlin!

Peter Fänger, Pellworm



### Kontakt Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

#### Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

☎ (030) 227 - 77 142

☎ (030) 227 - 76 142

✉ ingbert.liebing@bundestag.de

#### Wahlkreisbüro Nordfriesland

Heckenweg 1  
25813 Husum

☎ (04841) 90553-15

☎ (04841) 90553-29

✉ ingbert.liebing.ma05@bundestag.de

#### Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord

Hamburger Str. 7  
25746 Heide

☎ (0481) 34 06

☎ (0481) 53 82

✉ service@cdu-dithmarschen.de